

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Die gewöhnliche Halbjahresgabe oder deren Raum 0,90 Mk., aufwärts 1,00 Mk.
Einzelnummer 25 Pf. Durch den Postträger 1,40 Mk. für die Woche, 9.—Mk. für den Monat.
Durch die Post: 6,10 Mk. für den Monat.
Verlag: Sozialistischer Verlag o. G. m. B. H., Köln.
Redaktion: Die Redaktion ist verlegt über deren Raum, hinter Zett 3. —

Die deutsche Finanz-Katastrophe.

In der Sitzung des Reichsrates am Mittwoch wurde die neue Besoldungsordnung vorgelegt. Finanzminister Wirth bemerkt einleitend, daß diese Besoldungsordnung notwendig gewesen sei, um in die ständige Erregung der Beamtenschaft des gesamten Reiches wieder einmal eine gewisse Richtung hineinzubringen, er wolle nicht sagen Ruhe. Aus dem Stadium der Vorwürfe seitens der Beamtenschaft müssen wir endlich einmal herauskommen.

Die Reichsregierung, so sagte der Minister, sieht sich genötigt, in den nächsten Tagen einen Entwurf zu einer Neugestaltung der Besoldungsordnung des Reiches und der Länder zugehen zu lassen. Reich und Länder müßten angesichts der ungeheuren Finanznot sparen. Im außerordentlichen Etat, so fügte der Minister hinzu, haben wir bereits einen Fehlbetrag von 37 Milliarden. Jetzt kommen 12 Milliarden durch die Kosten der Besetzung (im besetzten Gebiet) hinzu und dazu kommt der Fehlbetrag von 18 Milliarden bei den Betriebsverwaltungen. Das sind zusammen 67 Milliarden Mark. Nach den Ausführungen des Schatzministers können wir annehmen, daß sich dieser Fehlbetrag noch um ein beträchtliches heigern wird. Wenn man diese Fehlbeträge ansetzt, die nicht durch Aufnahme von Anleihen gedeckt werden können, sondern durch Vermehrung der schwebenden Schuld, durch Erhöhung der Inflation, durch Neuausgabe von Noten, so kann sich meiner Meinung nach am allermeisten die gesamte Beamtenschaft des Reiches, der Länder und Gemeinden der Notwendigkeit verschließen, daß wir sparen müssen.

Die jetzige Vorlage erfordert ein Mehr von 823,1 Millionen. Würden die weitergehenden Wünsche der Beamten erfüllt werden, so müßte diese Summe mindestens verdoppelt werden.

Das Ernährungselend.

Die deutsche Fettversorgung steht vor dem Zusammenbruch. Auf die Aufhebung der Rationierung für Margarine am 1. August ist eine außerordentliche Steigerung des Verbrauchs eingetreten, so daß Anfang vergangenen Monats die gesamten Vorräte bis auf geringe Reste verbraucht wurden. Der Reichs-Ernährungsminister hat im Frühjahr während des Bestehens der deutschen Valuta jede Einfuhr von Rohmaterialien zur Speisefettsfabrikation als falsch verboten. Die Folge davon ist jetzt, daß die Delmühlen in diesem Monat, die Raffinerien und Margarinefabriken spätestens im November zum Stillstand gebracht werden müssen, wenn nicht bis dahin trotz dem jetzigen Tiefstandes der deutschen Valuta Rohmaterialien im Auslande aufgekauft werden.

Durch die falsche Politik des Reichs-Ernährungsministers wird eine außerordentliche Preissteigerung der Speisefette in der nächsten Zeit hervorgerufen werden. Kein Fett, keine Kartoffeln! Fleisch wird die Masse bald nicht mehr zu sehen bekommen. Dazu Lohnabbau und Steuerabzug. Die kapitalistische Methode „bewährt sich glänzend“.

Der Oberstaatsanwalt bei dem Gemeinschafflichen Thüringischen Oberlandesgericht in Jena hat unter dem 1. Oktober an sämtliche ihm unterstellten Staatsanwaltschaften folgende Verfügung gerichtet: „Nach zuverlässigen Nachrichten laufen, besonders in Thüringen, Aufkäufer aus Rheinland-Westfalen große Mengen Kartoffeln zum Preise bis 60 Mark für den Zentner unter der falschen Bezeichnung „Saatkartoffeln“ auf, um sie wahrscheinlich ins Ausland zu verschieben. Die Aufregung der Bevölkerung hierüber wächst und hat bereits zu Gewalttätigkeiten geführt. Ich ersuche Sie, in allen, Ihnen zur Anzeige gebrachten Fällen solcher Art mit größter Beschleunigung Ermittlungsverfahren wegen Preistreiberi oder Versuche verbotener Ausfuhr gegen die Schuldigen einzuleiten und, sofern Verdacht strafbarer Handlungen vorliegt, die Beschlagnahme der aufgekauften Kartoffeln zu veranlassen.“

Mannheim. Aus Neustadt a. S. wird berichtet, daß ein gewerkschaftlicher Demonstrationenzug in einen Saal einbrang, in dem die Kartoffelerzeuger mit der Regierung und Gewerkschaftsvertretern über den Kartoffelpreis verhandelten und einen Preis von 20 Mark pro Zentner erzwang.

Die Fischwucherer.

Die Hansa Hochseefischerei A. S. schließt das Geschäftsjahr 1919/20 mit 13 010 651 Mk. Betriebseinnahmen (i. B. 1940 62 Mark) ab. Die Betriebskosten betragen 11 901 436 Mk. (i. B. 1541 023 Mk.), der Reingewinn 851 295 Mk. (161 643 Mk.). Die Dividende wird mit 20 v. H. auf 2 Millionen Mark Aktienkapital gegen 10 v. H. auf 1 Million Mark i. B. in Vorschlag gebracht.

Forderungen der Bergarbeiter.

Bochum. Eine Konferenz der vier der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Bergarbeiterverbände befaßte sich eingehend mit der Regelung der Lohnfrage im Bergbau. In den Reichsarbeitsminister Braun wurde folgendes Telegramm gesandt: Konferenz der vier Bergarbeiterverbände erwartet im Hinblick auf die steigende Erregung in Bergarbeitertreuen sofortige Regelung der Lohnfrage. Bedarfsartikel steigen dauernd im Preise. Lohnerrhöhung muß sofort erfolgen. Die vier Bergarbeiterverbände.

Kapisten sind ehrenwerte Leute.

Der stebriesslich verfolgte Hartmann Pfeffer vom Frontbund, der völlig unbehindert in aller Öffentlichkeit die weißen Garden im Kreis Arnswalde organisiert hat, erfreut sich lebhafter Fürsorge der Rechtsparteien. Wie aus einer Zuschrift, die die „Freiheit“ veröffentlichte, hervorgeht, beabsichtigen sie, bei der Regierung für die Aufhebung des Steckbriefes zu interpellieren.

Polen wirtschaftlich am Ende.

Aus Washington wird gemeldet: Die polnische Seelandwirtschaft hat das Saatsdepartement angikats der kritischen Lage Polens um Hilfe gebeten. Sie verlangt Lebensmittel wegen der schlechten Ernte und auch wegen der Verwüstungen der Ernte durch die roten Truppen.

Der Parteitag.

D. Li. Dienstag, den 12. Oktober, beginnt in Halle, dem „roten Herz“ Mitteldeutschlands, der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Es handelt sich nicht um eine farblos gleichgültige Tagung, die wohl oder übel abgehalten werden muß, weil das Statut das jährliche Statistunden des Parteitag als Norm verlangt. Es handelt sich nicht um eine wässrige Konferenz, die sich mehr oder weniger geistreiche Reden anhören muß, ohne rechtes Bewußtsein, ohne rechte Verantwortung den Finger zur Abstimmung hebt, die ganze Geschichte mehr als Unterbrechung im Trott der Zeit, als Ferkel, als im Grunde zu belächelnde Dekoration betrachtet, wie es zum Beispiel bei der Kleinbürger-Partei der Ebert, Noske, Seheidemann, Lobe und Parvus hinsichtlich ihrer Parteitage der tragikomische Fall ist. Der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Halle wird, auf jeden Fall, eindrucksvoll, gleichgültig wie die Tagung verläuft und in den Abstimmungen ausläuft, Entscheidungsbefugnisse betragen. Zwei Prinzipien, zwei strenge Nichtschwanken in der Politik für das Proletariat stehen sich gegenüber, sollen zum Austrag kommen und werden so oder so mit allen praktischen Konsequenzen für die bis jetzt immerhin noch bestehende äußere Geschlossenheit der Partei ausgetragen werden. Die Verfechter der unbedingten Diktatur des Proletariats einerseits und der (nicht offen ansetzenden) Demokratie auf der anderen Seite werden sich in Halle sammeln — und sich dann trennen, denn zwischen Feuer und Wasser gibt es keine Verbrüderung. Diktatur des Proletariats (mit allen Attributen), das ist die Frage,

die den Hallenser Parteitag letzten Endes geboren hat, die zur Debatte steht, wenn auch das eigentliche Thema anders heißt, und die zur reinlichen Scheidung zwischen ihren ehrlichen Anhängern und ihren (oratorisch) nicht ehrlichen Verneinern führen wird. Die Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die Geschichte der deutschen Revolution. In dem Maße, wie die ökonomische Basis der Revolution breiter wurde, erfolgte die Radikalisierung des Proletariats, der Parteimitglieder. Jeder Parteitag zeigt den Fortschritt. Und der jetzige Kongress ist der Abschluß der natürlichen Entwicklung: Er bringt die Entscheidung, er führt zur endlichen Klärung — die beiden Gruppen: Diktatur und Demokratie, die bis jetzt in der Partei zusammen lebten und naturnotwendig (als Gegensätze) ihre Schlagkraft lähmten, werden auseinandergehen. Und die Mehrheit der Parteimitglieder wird auf Seiten der Diktaturfreunde stehen — selbst wenn nicht heute, dann morgen, denn die ökonomische und politische Situation in Deutschland und in der Welt spitzt sich immer mehr zu, läuft immer mehr auf die Kristallisation dieser beiden Pole hinaus: Diktatur des Kapitals — Diktatur des Proletariats! Der Parteitag in Halle ist der vornehmste Wendepunkt in der Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen sozialen Revolution, ein Wendepunkt und ein Aufstieg, ein Schritt näher zum Sieg der proletarischen Bewegung, wie auch immer die Tagung ausfällt. Entscheidung und Scheidung, für die proletarische Diktatur — oder nicht, mit allen Konsequenzen aus dem Entscheid — das ist der Sinn und der Wert des Hallenser Parteitages. Daß die Frage über Annahme oder Ablehnung der Aufnahmebedingungen in die kommunistische Internationale zur Einberufung des Parteitages jubrie, ändert nichts am Kern des Problems, das zur Debatte steht: Diktatur oder Demokratie. Die Frage über Annahme oder Ablehnung der Aufnahmebedingungen in die kommunistische Internationale, über den Anschluß an die Internationale der proletarischen Diktatur, ist ja die Frage über Diktatur oder Demokratie.

II.

Das jetzige Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist in seiner Mehrheit Gegner der proletarischen Diktatur. Das wird von ihm nicht offen zugegeben. Offen tritt es nur für die Demokratie in der Partei ein. Die Laten entsprechen aber weit weniger dieser Offenheit, als der Nichtoffenheit im Punkte: proletarische Diktatur. Am 12. Oktober findet der Parteitag statt. Das Mandat der Delegierten, die nicht aus einer Urwahl der Parteimitglieder hervorgegangen sind, wird nicht anerkannt, erklärte dann in letzter Stunde die der Demokratie ergebene Mehrheit des Zentralkomitees. Man vergesse nicht, daß der Termin des Parteitages ursprünglich auf den 24. Oktober festgesetzt war. Möglich wurde er zurückverlegt; an „zwingenden“ Gründen ließ es die „demokratische“ Partei-Vorstand-Mehrheit nicht fehlen. Das ist kein Kunststück. Ein Kunststück aber ist es, die Massen der Parteimitglieder in der kurzen Zeit von der Veröffentlichung des Materials über den 2. Kongress der kommunistischen Internationale (Aufnahmebedingungen) bis zur Wahl der Parteitag delegierten ganz erast aufzuklären, zumal die große Mehrheit der Partei-Preße (im Gegensatz zur Stimmung der Massen) auf der Diktatur gegenüber dem Boden steht, und der Kampf der Demokratiefreunde wenig beläufig geführt wurde. Und wußte man denn bis vor kurzem, daß die Wahl der Parteitag delegierten unbeding durch Urwahl erfolgen müsse, widrigenfalls die Rüstung des Mandats erfolge? Aus die „demokratische“ Mehrheit des Zentralkomitees sah, daß die aktiven Mitglieder der Partei in den Versammlungen viel zahlreicher als ihr lieb war für die rechtlose Annahme der Aufnahmebedingungen stimmten, geriet ihr demokratisches Gewissen in Unruhe und sie verfügte in letzter Stunde die Urwahl der Delegierten. Zur ersten Aufklärung der breiten Massen der Parteimitglieder wurde also von vornherein keine Zeit gelassen und dann noch Urwahl! Das ist die vollendete Demokratie — bloß nicht sie, stark nach Moskauer Artur. Doch allen Strangulierungen seitens der „demokratischen“ Mehrheit des Zentralkomitees wird aber höchstwahrscheinlich der Parteitag doch

Fritz Ebert

Der S. P. D.-Reichspräsident regiert wie folgt:

Reichspräsident Ebert in der Filmstadt. In der Filmstadt von Tempelhof, die den Orient aus Sumurun, das winklige Genau für die Verschönerung zu Senua...

Ebert sieht sich also im Film den Kampf zwischen Demokratie und Reaktion an. Welch ein Regen!

Soziales.

Kinderelend in Deutschland.

Auf dem in Genf abgehaltenen internationalen Kongress für Kinderhilfe entrollte Adele Schreiber ein erschütterndes Bild über den Gesundheitszustand der deutschen Kinder.

Die Sterblichkeit der Kinder von 1 bis 5 Jahren stieg von 1914 bis 1918 an: um 25 v. H. in Hessen, um 30 v. H. in Lübeck, um 36 v. H. in Anhalt und um 47 v. H. in Mecklenburg-Schwerin.

Nach einer Statistik über die Schulkinder in Frankfurt a. M., die auch Kinder der Bürgerschulen umfaßt, sank das Durchschnittsgewicht der 10-jährigen Knaben in den Jahren 1910, 1916 und 1919 von 28 auf 27 und 26 Kilogramm.

In wieweit erschreckendem Maße die Tuberkulose zugenommen hat, zeigen folgende Zahlen: In Leipzig wurden ungefähr 8000, in Köln über 10000, in Hamburg etwa 12000 und in Berlin ungefähr 20000 tuberkulöse Kinder gezählt.

Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß in Deutschland ungefähr 1,5 Millionen Kinder in den nächsten Jahren dem Untergang geweiht sind, wenn nicht baldigt für bessere Ernährung gesorgt werden kann.

Erfurt. Zunahme der Wohnungsnot ist hier nach einer Mitteilung des Magistrats in einer Pressekonferenz zu konstatieren. Während im Anfang d. J. 1500 Wohnungen gesucht wurden, stieg die Zahl Anfang April auf 2900, Anfang Juli auf 4000 und betrug am 1. September 4560.

Kapitalistische Wirtschaft.

Dividenden.

Bereinigtes Stahlwerk von der Thyssen und Wessener Stahlwerke A. S. G. Der Jahresabschluss weist einen Rohgewinn von 29.622.171 Mk. (i. B. 6.346.816 Mk.) auf.

Die Waggonfabrik Görlitz A. S. G. früher (A. S. G.) für Fabrication von Eisenbahnmateriale in Görlitz erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Betriebsüberschuss von 2.684.870 Mk. (3.501.786 Mk.).

Zinsenkonto von 466.326 Mk. auf 848.064 Mk. erhöht. Nach Abzug dieser Zinsen, sowie der von 1.152.391 Mk. auf 3.636.480 Mk. gestiegenen Lasten...

Amerika als Geldgeber.

„Intransigent“ gibt eine Zusammenstellung der Darlehen, die die Vereinigten Staaten seit dem Eintritt in den Krieg bis Ende November 1919 an Allierte gewährt haben.

Aus der Partei.

Zeua, Gebietsversammlung, mit 48 Stimmen gegen die Bedingungen.

Medienburg, Landesparteitag, 37 Stimmen für, 9 Stimmen gegen die Bedingungen.

Unser Golthaisches Bruderorgan, das „Golthais Volksblatt“, schreibt unter dem Titel:

Beauftragte Sprengung des Parteitagestages durch die Antiliberalen des Parteivorstandes.

Die Vorgenmehrheit des Zentralkomitees der U. S. P. erklärt einen Aufruf, in dem mitgeteilt wird, daß zum Parteitag von Halle nur solche Delegierten-Mandate anerkannt würden...

Der Kampf um die „Freiheit“.

Die Pressekommision der Berliner „Freiheit“ hat die Geschäftsleitung der Verlagsgenossenschaft beauftragt, die Redaktion mit sofortiger Wirkung zu kündigen.

Die Kontrolle der politischen Haltung der „Freiheit“ wird durch eine von der politischen Organisation Groß-Berlins gewählte Pressekommision ausgeübt.

Gegenüber diesem unzweideutigen Beschluß bestreitet die Geschäftsstelle der „Freiheit“ der Pressekommision das Recht, die Kündigung der Redakteure anzusprechen.

Provinz.

Steinau a. O.

Vollversammlung mit S. P. D.-Madamwiff. In Vertretung des Genossen Biegler sprach jüngst Genosse Hermann Müller im überfüllten Saal des „Weihen Hof“ über das Thema: „Durch Klassenkampf zum Menschentum.“

„biden U. S. P. D.-Schädel.“ Metzner, Paternmann und alle rührigen S. P. D.-Kameraden versuchten aus der U. S. P. D.-Krise Kapital zu schlagen.

Die Sippe in Niederschlesien.

Durch die Neuordnung der Sippe ist nach Pressemitteilungen ihre Verteilung in Niederschlesien folgende: Regierungsbezirk Breslau: Breslau 1500, Biegnitz 200, Dhlau 120, Glogau 200, Schweidnitz 250, Dals 120, zusammen 2390.

Für die Provinz Oberschlesien ist folgende Verteilung vorgesehen: Regierungsbezirk Oppeln: Neiße 250, Neuhadt 120, zusammen 370. Für das Abstimmungsgebiet 2000.

Die Sippe ist eines der Diktatur-Instrumente der kapitalistischen Bourgeoisie gegen das Proletariat. Man verpasse das nicht und auch nicht, daß die sehr kostspielige Sippe von den Steuergroßen des Proletariats gehalten wird.

Lokales.

Breslau, den 8. Oktober.

Der Reichsbund der Kriegbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen,

Gauleitung Schlesien, bittet uns um Aufnahme folgender Zuschrift: Sonnabend, den 9. Oktober, vormittags 10 Uhr, soll eine Demonstration, Versammlung der Erwerbslosen...

Das Gend der unbefähigten Schwerkriegsbeschädigten Kameraden ist uns zur Genüge bekannt. Wir haben neben der unermüdlichen Arbeit für den Ausbau des Gesetzes über den Beschäftigungszwang...

Christiana Science

oder die christliche „Wissenschaft“, oder der dreiteilige Organismus, oder der Theo-osophie, oder die Seele hat 7 Stagen! Auf diesen „wissenschaftlichen“ Humpen darf kein Marxist hineinfallen.

Durch das Studium der Christlichen Wissenschaft lernen wir, daß Kenntnis von Gott uns sittlich, Körperlich und im Gemüt gesund erhält, und daß Unkenntnis von Gott zu Sünde, Krankheit und Tod führt.

Aushilfsweise beschäftigte Erwerbslose.

Auf Anordnung des Regierungspräsidenten ist fortan bei allen denjenigen Erwerbslosen, die vorübergehend Aushilfsarbeit verrichten, bei Berechnung der zu gewährenden Erwerbslosenunterstützung der in der Unterfürsorgeweche tatsächlich erzielte Verdienst des Unterstützungsempfängers zu berücksichtigen.

Die Internationale. Am Sonnabend, den 9. Oktober, bringt das in Jütis Buch, gasternde Ensemble des Berliner Volkstheater die „Internationale“ zum 175. Male zur Aufführung.

Die bekannte Direktion Otto Rechner & Co., welche sich in Breslau durch die mit Erfolg ausgeführten beiden Stücke „Was ich freit“ und „Der Glöckner aus Breslau“ gut eingepreist hat, kommt jetzt mit einer Erstaufführung für Breslau.

